

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD

E-Scooter – Fluch oder Segen?

Seit einem Jahr rollen sie durch Bremen: E-Scooter. Die flotten Flitzer sind für kurze Strecken im Zentrum ein auf den ersten Blick umweltfreundliches und praktisches Verkehrsmittel, das besonders bei jungen Leuten beliebt ist.

Allerdings häufen sich auch Klagen über unsachgemäß abgestellte Roller, die zum Teil schwerwiegende Unfallgefahren herbeiführen. Besonders für sehbehinderte Menschen, aber auch für Kinder und für Ältere, die sich bisher auf Gehwegen sicher und geschützt vor Hindernissen fühlten, führen die häufig kreuz und quer auf dem Trottoir liegenden oder stehenden Gefährte zu unerfreulichen Begegnungen. Zudem wissen Nutzerinnen und Nutzer nicht immer, welche Verhaltens- und Verkehrsregeln anzuwenden sind. Fälle von Trunkenheits- oder Mehrpersonenfahrten wurden bereits beobachtet.

In Paris greift die Stadtverwaltung inzwischen rigoros gegen falsch abgestellte E-Scooter durch und entsorgt diese unverzüglich als Sperrmüll. In Bremen ist man da moderater: Bei Hinweis auf störende Roller haben die Anbieter 24 Stunden Zeit, diese zu entfernen.

Hinzu kommt: Zumeist nachts werden die E-Scooter mit Kleintransportern eingesammelt, von den Fahrerinnen und Fahrern aufgeladen und am frühen Morgen wieder ausgefahren. Noch ist unklar, wie viele Pkw-Kilometer durch die Aktivitäten dieser Logistik entstehen. Denn nur wenn E-Scooter nicht mehr zusätzliche Wege mit benzin- oder dieselbetriebenen Fahrzeugen generieren, als sie bei ihrer Nutzung einsparen, könnte man sie überhaupt als umweltfreundlich bezeichnen.

Wir fragen den Senat:

1. Hält der Senat die mit den Anbietern Tier und Voi ausgehandelte Sondernutzungserlaubnis für den Betrieb von E-Scootern für ausreichend?
2. Hat der Senat Kenntnis von durch oder mit E-Scootern verursachten Unfällen im Straßenverkehr? (Bitte aufschlüsseln nach Sach- und Personenschäden.)
3. Hält der Senat die Aufklärung zum Umgang mit E-Scootern im Verkehr durch die Anbieter für ausreichend, und – falls nicht – wie kann der Senat hier Abhilfe schaffen?
4. Welches Fazit – positiv oder negativ – zieht der Senat nach einem Jahr mit diesem neuen Mobilitätsangebot aus Sicht der angestrebten autoarmen Innenstadt?
5. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Arbeitsbedingungen bei den Anbietern? Gab es im vergangenen Jahr die Notwendigkeit zur senatsseitigen Intervention? Wie stellt der Senat bei der Verlängerung und/oder Ausweitung der Erlaubnisse die Zahlung des gesetzlichen Mindestlohnes und gute Arbeitsbedingungen sicher, wie in der Antwort des Senats auf

die Anfrage in der Fragestunde „Werden Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Lime bei der weiteren Bewertung berücksichtigt?“ vom 1. Oktober 2019 zugesagt?

Anja Schiemann, Birgitt Pfeiffer, Jasmina Heritani, Sascha Aulepp,
Mustafa GÜngör und Fraktion der SPD